

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-72792](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-72792)

Der Ammerländer

(Gesamtpreis Nr. 5.)

Preis des Blattes durch die Post frei aus Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postkassen und Landbriefkästen nehmen Bestellungen entgegen. Abgesandte für die ständige Abgabe (über deren Namen) für Abstrahieren aus dem Freistaat Odenburg 30 Hg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Hg. Bestellungen kosten 1 Mk. die Abgabe. Die Rückgabe unentgeltlich eingesandter Briefe wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Abgaben-Geldern durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Abgabeschulden bei Aufgabe der Zuschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Betrag wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 129

Westerstebe, Donnerstag den 5. Juni 1919

59. Jahrgang

Ablehnen oder verhandeln?

Unstimmigkeiten unter den Alliierten.

Die Pariser Blätter lassen erkennen, daß es nach Prüfung der deutschen Gegenentwürfe zu beträchtlichen Unstimmigkeiten unter den Verbündeten gekommen ist. Zwar sucht die Pariser Presse die Öffentlichkeit noch immer mit dem Hinweis zu trösten, daß schließlich die Deutschen doch unterzeichnen würden, und sie beruft sich auf eine (als Fälligkeit festgestellte) Äußerung Erbsbergers, daß man „auch unterzeichnen werde“, aber ein großer Teil der Blätter läßt bereits durchblicken, daß man den Verhandlungsweg beschreiten werde, um zu einem Abbruch zu kommen. Natürlich beharrt man darauf, daß die Hauptpunkte des Vertrages bestehen bleiben, gibt indes zu, daß Abänderungen eingebracht werden sollen. Jedenfalls wird die Antwort der Verbündeten am Ende der Woche dem Grafen Rianan übergeben werden. Inzwischen hat Clemenceau bereits die Antwort auf verschiedene deutsche Noten überreicht.

Die Neugruppierung der Entente.

Aber die diplomatische Lage wird aus amerikanischer Quelle berichtet: Wilson hat jetzt die Rolle des Vermittlers zwischen Deutschland und den Alliierten auf sich genommen und befürwortet bei den Alliierten eine Änderung der hauptsächlichsten Bedingungen. In fünf Punkten ist Präsident Wilson zu Zugeständnissen geneigt. Sie betreffen: 1. die obersteileitende Frage, in der Präsident Wilson die deutsche Forderung einer Volksabstimmung unterstützt; 2. Danzig. Der Präsident stimmt mit den Deutschen darin überein, die Stadt zu einem Freihafen zu machen; 3. den Völkerbund. Wilson hat die unmittelbare Zulassung Deutschlands immer gewünscht. Lediglich Frankreich sträubt sich ernstlich dagegen, während England und Italien nichts dagegen einzuwenden haben; 4. die Befreiung des Kaiser. In dieser Frage ist Präsident Wilson zu seinem früher eingenommenen Standpunkt zurückgekehrt, einen Prozeß gegen den früheren Monarchen abzulehnen; 5. die Schadenvergütung. Es ist wahrscheinlich, daß die Bestimmungen über die Schadenvergütung nunmehr aus dem Unfrieden werden, und zwar bis zu einem Betrage, der die ungefähre Summe angibt.

Die Stimmung in England.

Die Mitglieder des englischen Kabinetts Chamberlain, Balfour, Cecil, Bonar Law, Fisher und Montague, die in Paris eingetroffen sind, hielten mit Lord George eine Beratung ab. Sie unterrichteten den Ministerpräsidenten davon, daß sowohl die Liberalen wie die Arbeiterpartei Englands die Deutschland auferlegten finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen für zu hart und unausführbar halten. Lord George erklärte, daß er dem Vizekönig zur Verbesserung des Vertrags und zu Zugeständnissen in der Entschädigungsfrage raten werde. Auch wenn Deutschland fortwährend bleibe, werde er nicht für Verschärfung der Bedingungen eintreten.

Präsident Ebert über die Lage.

Kein Regierungswechsel in Aussicht.

In einer Unterredung, die Reichspräsident Ebert einem Vertreter der Deutsch. Allgem. Ztg. gewährte, sprach er sich dahin aus, daß die Staatsmänner der Entente eine umgehende Verantwortung auf sich laden, wenn sie einen Frieden der Gewalt billigten. Der Reichspräsident erklärte zum Schluß: „In der feindlichen Presse wird öfter die Meinung vertreten, daß bei Weiterverhandlung der von der Entente vorgeschlagenen Friedensbedingungen das jetzige Ministerkabinet zurücktreten und durch andere, zur Unterzeichnung bereit Männer ersetzt werden würde, so daß dann die Schwierigkeiten schnell behoben werden würden. Hierbei wird aber vergessen, daß nach unserer vorläufigen Reichsverfassung der Friedensschluß durch Reichsgesetz erfolgen muß, also durch Abstimmung von Nationalversammlung und Staatsauschuss; die Nationalversammlung hat sich mit zu erdrückender Mehrheit für den Standpunkt der Regierung ausgesprochen, der Staatsauschuss stellte sich einmütig auf diesen Boden, so daß ich mir nicht vorstellen kann, wie ein in dieser Frage anders denkendes Kabinet das nach der Verfassung notwendige Vertrauen der Nationalversammlung finden könnte.“

Frankreichs Rechnung.

Was Deutschland zahlen wird.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Main“ meinte der französische Finanzminister Ribot, Deutschland werde bis 1921 der Entente 25 Milliarden Frank ohne Zinsen zahlen. Nach Abzug aller Kosten werden nur 10 Milliarden zur Aufteilung unter die Alliierten kommen, wovon Frankreich die Hälfte erhalten wird. Es ist anzunehmen, daß Deutschland bis 1926 weitere 4 Milliarden, von 1926 bis 1931 endlich jährlich 1800 Millionen an Frankreich zahlen wird. In demselben Zeit aber wird Frankreich etwa 90 bis 100 Milliarden abbringen müssen, um die Zinsen und die Kosten der Wiederherstellung zu decken. Zum Schluß betonte Ribot, Frankreichs finanzielle Lage könne nur gebessert werden, wenn alle Alliierten eine absolute finanzielle Solidarität bekundeten.

Erstes Blatt.

Hierzu ein zweites Blatt.

Politisches Rundschau Deutsches Reich.

Der Reichsbauern- und Landarbeitertag in Göttingen hat eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: Bei einer verfassungsmäßigen Festslegung und Reform der Räte-Organisation ist der Landbevölkerung volle Gleichberechtigung mit allen anderen Bevölkerungsgruppen im Staate zu gewähren. Innerhalb der Landbevölkerung haben die verschiedenen Berufsstände Anspruch auf Gleichstellung in der Vertretung in allen öffentlichen Angelegenheiten. Bei jeder staatlichen Maßnahme, die die Landwirtschaft berührt, muß die Erhaltung und Stärkung der Erzeugung als oberste Pflicht ohne Zweifel. Die Freiheit der landwirtschaftlichen Betriebskraft ist unbedingt zu mahnen. Die gewählte Vertretung der deutschen Bauern- und Landarbeitertage ist von der Staatsregierung bei der Beratung und Verarbeitung aller das Räte-System und die Organisation der ländlichen Berufe betreffenden Gesetze und Verordnungen hinzuzuziehen. Sie soll in enger Arbeitsgemeinschaft mit den alten Organisationen der Landwirtschaft treten.

Die obersteileitende Sozialdemokraten gegen die Polen. Der obersteileitende Parteitag der sozialdemokratischen Partei nahm zur Polenfrage eine Entschliessung an, in der es heißt: Der Parteitag erhebt im Namen von 210.000 Mitgliedern Klage gegen den Vergeltungsstreik, der den deutschen Volksangehörigen werden soll. Insbesondere stellt der Parteitag einmütig fest, daß der Anschluß an Polen nur die obersteileitende Arbeiterkraft gelingen und wirtschaftlichen Niedergang, neue Fesselung an das abstrakte kapitalistische System bedeute. Von der Reichsregierung erwartet der Parteitag, daß sie alles in der Macht ihrer Mittel an der Verwirklichung der deutschen Republik zu erreichen, und gelobt, sie hier bei diesen Bemühungen zu unterstützen.

Die Vereinigung beider Reiche. Dem Vorstehen des Staatsauschusses ist ein Schreiben des Reichsrates und des Staatsrates des Volksrates Reich zugegangen, in dem die Vereinigung der beiden Freistaaten Reich in einem Staat laut dem bisherigen Beschluß des gemeinsamen Landtages mitgeteilt wird.

Zur Freigabe des Privatvermögens des Hauses Wettin. Das Privatvermögen des Königs ist bekanntlich wieder maligen kaiserlichen Königsvermögen übergeben worden. Es war zu Beginn der Revolution von der kaiserlichen Regierung beschlagnahmt worden, weil ein gewisser Zusammenhang zwischen dem kaiserlichen Privatvermögen und dem Staatsvermögen vermutet wurde. Für die nunmehr erfolgte Freigabe kommt zunächst auch nur der Teil des Privatvermögens in Betracht, bei dem ein derartiger Zusammenhang nicht besteht. Zum Privatvermögen des Königs gehört u. a. auch das Hausvermögen. Dazu zählen die in dem berühmten Grünen Gewölbe in Dresden und anderen königlichen Sammlungen befindlichen Kostbarkeiten, Gold- und Silbergeräte und Porzelle, die Gemäldesammlung, die Bibliothek, Naturalien, Münzen und andere Kabinette, die Bibliothek usw. Es leuchtet ein, daß an der Erhaltung dieser Sammlungen für den kaiserlichen Staat ein großes öffentliches Interesse vorhanden ist. Deshalb sollen über diese Teile des Hausvermögens besondere Vereinbarungen getroffen werden.

Aber die neuen Männer in der preussischen Verwaltung wird offiziell gekündigt: Über Stellenbelegung in der preussischen Verwaltung werden jetzt in der Presse häufig irrtümliche Nachrichten veröffentlicht. In einzelnen Fällen scheinen diese unrichtigen Informationen der Presse auf Versehen amtsförmiger Stellen zugegangen, sich selbst aufzuleisten, in anderen anderen mag auch das Verhalten mitleidigen, die Regierung zu kompromittieren, indem man ihr nicht die Bestätigung der Verwaltung zuschreibt. In die letztere Kategorie von Irrtümern mag die kürzlich veröffentlichte Nachricht gehören, der frühere Landrat von Falkenberg, Freiherr von Reibnitz, seit dem Herbst Sozialdemokrat, sei zum Regierungspräsidenten in Magdeburg ernannt worden. Herr v. Reibnitz hat sich seit der Revolution aus lebhaftem Eifer bemüht, Regierungspräsident zu werden, er hat aber seinen der bisherigen Minister des Innern, den kaiserlichen Dr. Brüning, nicht überreden können, zur Erfüllung dieses Amtes sich bewegen zu lassen. Die Bezeichnung der zu ernennenden Vandidaten liegt in der Hand der neuen, demokratisch gewählten Regierung, nach deren Vorklagen die Regierung, die bei der Verwaltung der Provinz zum gewählten Reichspräsidenten machen will, schon jetzt nach Möglichkeit sich richten wird.

Maßnahme zur Erhebung der Wehrkräfte. Bei Aufnahme des Budgetantrages der Verwaltung der Wehrkräfte in unsere Friedensgegenstände ist es die Regierung, wie sie erklären läßt, wohl bewußt, daß unter dieser Maßnahme die Forderungen für Offiziere, Unteroffiziere und Freiwillige sowie für die Wehrbeamten nicht leiden dürfte.

Ungarn.

Einsetzung des rumänisch-serbischen Vormarsches. Die rumänischen und serbischen Truppen haben ihren Vormarsch in Ost- bzw. Südungarn plötzlich eingestellt, weil ihnen die Entente nicht genügende Aufbesserungen in der Frage des Vorrates machte. Die in Südwestungarn in verhältnismäßig geringer Stärke vertriebenen französischen Truppen sind auch nicht mehr zuverlässig durch eindringende sozialistisch-kommunistische Umstürzungen hat die Disziplin bei ihnen sehr gelitten.

Großbritannien.

Militärische Sorgen. In einer Rede im Unterhaus erklärte Churchill, daß in der britischen Armee eine ganze Anzahl von Minderheiten vorgekommen waren, von denen eine einen sehr ernstlichen Charakter gehabt habe. Die Lage in Indien habe große Schwierigkeiten verursacht und erfordere beträchtliche Verstärkungen. In Ägypten dauere die Spannung an. In der Türkei und den anderen mohammedanischen Ländern herrsche sehr ernste Unruhe und Verwirrung über das Schicksal der mohammedanischen Welt. Wenn der Frieden bald unterzeichnet werde könne die Rheinarmee sofort von zehn auf sechs Divisionen herabgesetzt werden.

Aus In- und Ausland.

London. Die Kurden nördlich von Bagdad befinden sich in vollem Aufbruch gegen die britische Herrschaft. Die Afghanen greifen entgegen früheren englischen Forderungen fortwährend an.

Lugano. „Giornale d'Italia“, das Dragan Sonnino, mit Erlaubnis haben, daß Graf Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in Washington, für den deutschen Botschafterposten in Rom vorgelegen sein soll.

Die französischen „Schieber“. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt, daß die französische Verwaltungsbehörde vom Polizeidirektor in Wiesbaden ausdrücklich verlangt hat, daß für zu sorgen, daß die Blatte, die die Propaganda der Rheinischen Republik enthalten, nicht entfernt werden. Diese Forderung steht in merkwürdiger Gegensatz zu dem von den Verwaltungsbehörden immer wieder betonten „rein privaten und volkstümlichen“ Charakter der Abplitterungsbewegung.

Maßnahmen gegen die Rheinbündler. Berlin. Heute nachmittags fand im Abgeordnetenhause eine Konferenz zwischen Mitgliedern der Reichsregierung, Mitgliedern der preussischen Regierung und Abgeordneten statt, zwecks Beratung über Maßnahmen, mit denen man den hochverräterischen Wadenküssen und Umtrieben im Rheinland wirksam begegnen könnte.

Deutscher deutscher Afrikaner.

Berlin. Am antilich Stelle sind jetzt Nachrichten eingetroffen, nach denen der Dampfer „Gehlen Galle“ um die Mitte des Monats Mai von Dar-es-Salaam abfahren sollte. Auf diesem Dampfer wird den letzten noch in Südwestafrika befindlichen Deutschen die Heimreise ermöglicht. Der Tag des Eintreffens in Rotterdam, das etwa Mitte Juni zu erwarten ist, wird noch bekannt gegeben.

Eine Erklärung Brodthorff-Kaunas.

Berlin. Ein Vertreter der Nat.-Ztg. hatte in Berlin eine Unterredung mit dem Grafen Rianan, der erklärte, daß die deutschen Gegenentwürfe ein gemeinsames Ganzes bilden, von dem nichts abgesehen werden kann, ohne alles zu gefährden. Das Anerbieten von 100 Millionen stelle die Grenze der deutschen finanziellen Leistungsfähigkeit dar und mache auf lange Zeit ein Höchstmaß deutscher Arbeit den Feinden denkbar.

Der große Tag.

Basel. Nach einer Neutermeldung sollen die Verhandlungen der Alliierten über die deutschen Gegenentwürfe so beschleunigt werden, daß spätestens am 15. Juni die Unterzeichnung des Vorfriedensvertrages stattfinden kann.

Die Weltische.

Bern. Neuter meldet, daß die für Deutschland bestimmten englischen Lebensmittellieferungen so lange zurückgehalten werden sollen, bis der Friedensvertrag unterzeichnet worden ist.

Die Räumung des Baltikums.

Berlin. Wie verlautet, wird die Waffenstillstandskommission demnächst in Spa eine neue Note über die Räumung der deutschen Truppen im Baltikum überreichen. Sie wird darin betonen, daß die deutsche Regierung unbedingt an ihrem Standpunkt festhalten müsse, daß die Frage der Räumung deutscher Truppen eine reindeutsche Angelegenheit sei, über die die Entente nicht bestimmen dürfe.

England befreit Irland.

Lugano. Die Sinnfeiner haben einen Bund mit den irischen Gemäßigten geschlossen, die eine politische „Volition“ betreiben und auf die Errichtung von Arbeiterparlamenten in Irland hinwirken. Infolgedessen hat die britische Regierung beschlossen, die von den gemäßigten irischen Elementen gewünschten politischen Reformen zurückzuführen und gegen die revolutionäre Agitation durch militärische Besetzung der Hauptorte Irlands vorzugehen.

Lugano. Nach letzten Berichten aus Mailand steht ein Generalstreik der gesamten norditalienischen Baumwollindustrie unmittelbar bevor.

Sudafest. Eine Verordnung des revolutionären rotierenden Rates fest die allgemeine Wehrpflicht für jeden männlichen Privatier von 17 bis 45 Jahren fest.

—w Frankfurt a. M., 2. Juni. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Mannheim: Dr. Haase und Gesinnungsgenossen wollten gestern vormittag 10 Uhr in Speyer die rheinische Republik ausrufen. Die empörte Menge stürzte sich auf die Landesverräter. Haase soll geschossen haben und wurde daraufhin derartig zugerichtet, daß er im schwerverletzten Zustande vom Platz getragen werden mußte. Ähnlich erging es auch seinen Spießgesellen. Der Ruch ist vollkommen mißlungen und in der Stadt herrscht eine vollkommene Stimmung.

— In Biebrich schlug ein Straßenbahnführer einen französischen Offizier, der ihn zum Halten zwingen wollte und mit der Keilspitze mißhandelte, derartig mit der Führerfurbel über den Kopf, daß der Offizier sofort starb. Da die französischen Soldaten wegen der drohenden Haltung des Publikums nicht wagten, den Straßenbahnführer zu verhaften, gelang es diesem, in das unbefestigte Gebiet zu entfliehen.

—* Berlin. Der Streik, der in Paris immer größeren Umfang annimmt und auch in der Provinz ständig wächst, scheint mit der Arbeiterbewegung in England und Italien bei den Entente-regierungen ernste Besorgnis zu erregen, besonders, da es sich zeigt, daß er sich nicht mehr allein auf wirtschaftliche Forderungen beschränkt, sondern auch politische dabei mitspielen, wie aus den sozialistischen Blättern ersichtlich ist, die die Anerkennung der russischen und ungarischen Väterrepublik sowie einen Gerechtigkeitsfrieden mit Deutschland verlangen.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Wetterlebe, 4. Juni 1919

—w Wetterausrichten für Donnerstag den 5. Juni: Fortdauer der veränderlichen, kühlen, zu Regenfällen neigenden Witterung wahrscheinlich.

— Wie groß das Ansehensbedürfnis ist, zeigen die zahlreichen Gesuche, die beim Kriegeserbschaftenverein für den Kreisstaat Oldenburg andauernd einlaufen. Leider kann den wenigsten Gesuchen entsprochen werden, da die ganze Siedlungsangelegenheit, für deren Gestaltung in erster Linie auch umfangreiche staatliche und kommunale Maßnahmen erforderlich sind, bisher noch nicht geregelt werden konnte.

— Unsere Polizei hatte Wind davon bekommen, daß ein Einwohner in Fehde sich schon seit längerer Zeit zu einem „Hamster“ entwickelt hatte. Bei einer am vergangenen Sonnabend bei ihm vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden denn auch allerlei Hamsterwaren aufgefunden. 270 Eier waren im Schweinehofen versteckt und 2 Schinken im Ammenschauer. Einen ganzen Sack voll neuer Marine-Kleidungsstücke fand man in der Nähe des Hauses im Roggen vor.

— Zu dem Pferdediebstahl bei Landwirt F. Mayer hier ist noch zu erwähnen, daß die beiden Diebe das Pferd auf dem Markt in Jever zum Verkauf gestellt hatten. Als die dortige Polizei, die von hieraus benachrichtigt worden war, die Spitzhaken festnehmen wollte, waren sie gerade dabei, das Pferd zu verkaufen. Sie sollen dafür 12 000 Mark gefordert haben. Das andere Pferd hatten sie bereits verkauft. Die beiden Diebe, zwei Brüder R. aus Augustfehn, befinden sich jetzt in Jever hinter Schloß und Riegel. Das Pferd ist in Jever aufgestellt.

— Durch Anordnung des Direktoriums vom heutigen Tage hat die Regelung des Verkehrs mit Eiern eine Neufassung erhalten, die den Wünschen der Eierverkaufsgenossenschaften und Geflügelhalter nur noch die Ablieferung einer geringen Pflichtmenge gefordert wird, für die die Hühnerhalter ein Preis von 40 Pfg. je Ei zu zahlen ist. Im übrigen soll in Übereinstimmung mit den Reichsvorschriften von jeder Zwangsbewirtschaftung der Eier in Zukunft abgesehen werden. Selbstverständlich wird dabei vorausgesetzt, daß die Hühnerhalter auch beim Verkauf weiterer Eier, wozu sie natürlich nur erst berechtigt sind, nachdem ihnen nach erfüllter Pflichtleistung ein Freischein ausgestellt ist, bei der Preisforderung Maß halten und die vom Landesdirektorium für ausreichend erklärten Preise sich zur Richtschnur nehmen, da sonst ohne Frage eine Zwangsbewirtschaftung der gesamten Eier wieder eintreten müßte. Denn die Aufrechterhaltung und eine Ausdehnung des freien Handels ist nur möglich, wenn die Preisbildung sich in angemessenen Grenzen bewegt und jeder Wucher vermieden wird.

—* Manfr. Hausjohn Wilh. Eilers hier hat seine zu Lindernfeld belegene Besitzung, bestehend aus Wohnhaus und 10 Scheffelsaat Ländereien, mit Antritt zum 1. November für 5000 Mark an den Bahnarbeiter Steenbick zu Lindern verkauft.

—* (Edemacht. Auf die Einrichtung der Postkreditbriefe wird von neuem aufmerksam gemacht. Sie erleichtern bei Reisen den Zahlungsverkehr wesentlich. Wer einen Postkreditbrief hat, kann seine Geldmittel bei jeder Postanstalt des Deutschen Reichs in einfacher Weise ergänzen. Der Postkreditbrief kann unter Einzahlung der Summe, auf die er lauten soll, — Höchstbetrag 3000 Mark — bei jeder Postanstalt bestellt werden. Postkreditkunden überweisen den Betrag von ihrem Postkonto auf ein für sie beim Postfachamt anzulegendes Postkreditbrief-Konto. Abhebungen — bis zu 1000 Mark an einem Tage — sind bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs zulässig. Als Ausweis ist dabei außer dem Postkreditbrief eine Postausweislarde vorzulegen. Die Gebühren sind sehr mäßig, außer der Abhängebungsgebühr sind 50 Pfg. für die Ausfertigung und 10 Pfg. für jede Rückzahlung bis 100 Mark, 5 Pfg. mehr für je 100 Mark bei höheren Beträgen, zu entrichten.

Bad Zwischenahn, 4. Juni 1919.

— Der Schleichhandel mit Kartoffeln hat einen Umfang angenommen, daß die Beförderung der Bedarfsfrage ernstlich bedroht erscheint. Vielen, besonders in der Nähe der Großstädte, gelegenen Kommunalverhältnissen werden durch Schleichhändler häufig mehrere tausend Zentner Kartoffeln entzogen. Das Reichsärztnrathskammeramt rückt daher durch Rundschreiben die Regierungen der deutschen Freistaaten dringend, die Behörden nachdrücklich anzuweisen, von den Straßbestimmungen gegen die Erzeugung, den Verkauf und den Schleichhandel zu verfahren, sich die Behörden vielfach mit der Begegnung der zu Unrecht vertriehenen Vorräte, lassen über den Verkäufer Strafreise ausgeben. Eine Besserung der Verhältnisse kann jedoch nur von einer sofortigen Anwendung der geltenden Straßbestimmungen aus gegen diesen Erbsch werden. Die Handhabung zum Einschreiten bietet die Verordnung über die Kartoffelverlorgung vom 18. Juli 1918, die bestimmt, daß durch Reichsbeschäftigte über die sichergestellten Mengen nur zur Erfüllung der Verpflichtung zur Lieferung verfügt werden darf, und die Zerstörungsbefugnisse mit Gefährnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser beiden Strafen bedroht. Die Geldstrafe muß bei vorliegendem Verdacht von Vorräten — hierzu gehört zweifellos der Verkauf in den Schleichhandel — mindestens dem amtsortlichen Wert der Vorräte gleichkommen. Nach der Verordnung über Kartoffeln vom 2. September 1918 sind alle Kartoffeln freigelegt mit Ausnahme derjenigen, die der Landwirt zu seiner eigenen Ernährung oder zu der seiner Wirtschaft zugehörigen und zur Deckung seines Saatgutbedarfs benötigt.

—* Augustfehn. Fernpredigantenschlag erhielt unter Postamt Augustfehn Nr. 33 Fritz Raabe, Bahnhofswirtschaft Augustfehn.

— (b) Oldenburg, 3. Mai. Die Landesversammlung wird ihre Arbeiten bis Pfingsten nicht mehr erledigen können, sondern muß nach den Feiertagen noch wieder zusammentreten. Die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs, die demgegenständliche Auseinandersetzung mit dem Großherzog, sowie die Erledigung der noch in den letzten Tagen eingegangenen Vorlagen und Petitionen nimmt noch längere Zeit in Anspruch.

— Das Tagesgespräch bildete hier heute der Verlauf der gestrigen Versammlung in der Rüdelsburg über die Lebensmittelverteilung. Das Ergebnis der Versammlung war für die Kommunisten wenig erfreulich. Der gesunde Sinn der Bürgererschaft trug hier den Sieg davon. Vorläufig bis zur nächsten Woche unterbleiben alle Demonstrationen und Auszüge. Anzweifeln finden zwischen dem Direktorium und dem Landesarbeiterrat Verhandlungen über Maßnahmen gegen den Schleichhandel und Wucher statt. Der Landesarbeiterrat besteht auf seiner Forderung, daß den sämtlichen Arbeiterräten Polizeigewalt zum Einschreiten gegen Schleichhändler und Wucherer gegeben werden und ferner Volkserichte eingesetzt werden, die auch Justizstrafen verhängen können. Im Direktorium befinden sich noch ernste Bedenken, diesen Forderungen zuzustimmen, wegen der Konsequenzen, die sich ergeben, wenn die Arbeiterräte Polizeigewalt erhalten. Im übrigen soll die Lebensmittelverteilung von der kommenden Woche an reichlicher werden.

— (b) Oldenburg, 3. Juni. In Braze sind 92 000 Kilogramm amerikan. Speck zur Verteilung an die Bevölkerung des Herzogtums Oldenburg eingetroffen. Der Speck wird gegenwärtig auf Trümpfen unterteilt und wird daher erst im Laufe der nächsten oder übernächsten Woche verteilt werden können. Jede Person (keine Selbstverlorgung) erhält ca. 1/2 Pfund. Weitere frühere Speckverteilungen sind von Amerika unterwegs. Auch Reis wird erwartet. Die in den Provinzialämtern aufgestellten Vorräte an Hafer sind von der Militärverwaltung jetzt freigegeben worden. Es werden Haferstuden daraus hergestellt und an die Bevölkerung verteilt. Auch Graupen und Gries kommen in größeren Mengen zur Verteilung. Aus Holland treffen Kartoffeln (Zentner 35 Mark) ein, die ebenfalls verteilt werden. — Nach Mangelroge führten gestern etwa 40 franke und schwache Kinder ab, die in dem dortigen Kinderstift untergebracht und vier Wochen lang gepflegt werden sollen. Im Juli und August werden weitere Abteilungen dorthin abgehen. Auch das Spitz in Dissen-Rothensfelde wird in diesem Sommer ständig von einer größeren Schar kranker Kinder aus unserem Lande besucht sein. Die Kosten tragen verschiedene gemeinnützige Vereine.

— In das hiesige Unterlückungsgefängnis wurde der Maler Friedrich Greeze aus Tetters abgeliefert. Er hat seine Frau mit einem Revolver erschossen, weil sie mit einem Bahnarbeiter ein Liebesverhältnis eingegangen war. Die Tat will er beabsichtigt und überlegt ausgeführt haben. — Weiter in Unterlückungshaft genommen wurde hier der Bahnpostenführer Fiere aus Söhndorf, dem große Verfehlungen im Schleichhandel zur Last gelegt werden. Zahlreiche Personen sind hieran beteiligt.

—* Oldenburg. Der Major v. Ludwig im Oldb. Infanterie-Regiment Nr. 91 wird in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der geistlichen Pension zur Disposition gestellt und zum Kommandeur des Landwehrbezirks Aurich ernannt; diese Ernennung gilt auch für das Friedensverhältnis. Der Abschied wird bewilligt dem Major Fehrn. v. Schorlemer der Reserve des Dragoner-Regiments Nr. 19 (Kingen), früher in diesem Regiment, mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des gen. Regiments.

—* Jade, 2. Juni. Ein Einwohner unserer Gemeinde, ein begüterter Landmann, war ein großer Freund von Kautab. Obgleich er einen ansehnlichen Vorrat davon in einem Kasten unter dem Bett verwahrt, so beauftragte er seinen Knecht, ihm gegen gutes Trinkgeld Kautab zu verschaffen. Der Knecht tat nach dem Ge-

bot seines Herrn, welcher den so geliebten Tabak regelmäßig „verarbeitete“. Als er nun aher seinen Schatz unter dem Bett prüfen wollte, war er verschwunden und „ungetreue“ Knecht auch. Dieser hatte dem Herrn seinen eigenen Kautab verkauft und obenrein noch ein Trinkgeld erhalten. Der Knecht soll übrigens noch allerlei auf dem Kerkhof haben.

— (o) Ut Dierfeld. Pfingsten naht, das Fest der Freude. So sagst du ut, wenn du bi mit 'n Waidlappen um de Schmit freven hest. Freude —, war ich Freude? Ich dat Freude, wenn dat Juntkoof up de Dandelen herumspriegt? Ne, alles andere ehrt as Freude. 't is nix anners, as de Dand mit den Doh, as de Maler dat so düstert in de Marienlarke in Lübed darstellt het. Wi sind allemal siebertraut un dar kann man uns dat neet so hoch anreken, wat wi maken. Dit Jahr, so heupten wi, sull Pfingsten weer een Freidenfest welen, ut bupenden van Rekenen sull de Choral na boven stiegen: 'Allein Gott in der Höh' sei Ehr, ... all Jesh hat nun ein Ende. 't is anners kamen. 't de Natur is noch wiet toerlig, dar is gien grei ov blich. Kimmers ne, dat is een Lied, dar wordit man sien goed Yne twiet. Un toe all dit mut of noch so mennigeen bitter Harteleed unnerghen. In Embden spölt dat 3 Jahr un 4 Maand old Söhnje Wilhelm van den Weertsman Schoon an de Waterkant, fällt in de Delft un verdrinkt. De Riete is bold funnen. Dat ganze menschliche Leben is wieder nix as Sörge, Angst un Not, un wenn een meent, nu kamt noch 'n Spier van d' Leben hebben, bumsdi, weg is he. Ja, somat sind wi ja neet wennit, man spintjeert einmal süßit — 't is so. —

— (o) Leer. Der des israelitischen Wochenfestes wegen auf Dienstag verlegte Viehmarkt war nur mäßig besucht. Händler hatten sich nur spärlich eingefunden. Trotz schleppenden Handels sind die Preise weiter gestiegen. Es bedangen: hochtragende Tiere 2250—3200 Mark, Milchziege 2200—2600 Mark, Rinder 1600 bis 3000 Mark. Nächster Markt am 11. d. Mts.

Lebte Drahtnachrichten.

—w Versailles, 4. Juni. Wie schon gemeldet, streifen seit heute früh sämtliche Untergrundbahnangehörige, Beamte und Arbeiter. Der gesamte Verkehr ruht. Wie die Abendblätter mitteilen, haben in den Vormittagsstunden streikende Untergrundbahnangehörige begonnen, Omnibusse und Straßenbahnen in Paris anzuhalten. Nachmittags ruhte auch der ganze Betrieb dieser beiden Verkehrsmittel. Die Bewegung greift immer weiter um sich.

In sämtlichen Vororten von Paris, wie Boulogne, Billancourt und St. Denis, die große industrielle Mittelpunkte sind, haben sämtliche Metall-, Automobil- und Flugzeugfabriken im Laufe des heutigen Vormittags schließen müssen. In der französischen Provinz beginnen sich jetzt auch in den Detachements vom Jura Bewegungsbewertbar zu machen. Dabei erklären sämtliche Blätter, daß der Streik in voller Entwicklung steht und noch immer weiter um sich greifen wird.

—w Paris, 4. Juni. Die „Liberte“ teilt mit, daß die Lösung des Adriaproblems verlagert wurde, und daß die, verständig-französisch-lowerische Delegation die von Wilson, Clemenceau und Lloyd George ausgearbeiteten Vorschläge nicht angenommen hat.

—w Wien, 4. Juni. Blättermeldungen zufolge wirkte der Eindruck der Friedensbedingungen auf die in Wien anwesenden Abgeordneten niederstimmend. Diese Bedingungen werden in ihrer gegenwärtigen Fassung als unannehmbar und der Friebe als ein Hungerfriede bezeichnet.

—w München, 4. Juni. Heute früh wurde in Schwabing der wegen Hochverrats gefuchte Student Ernst Toller (geboren in Samofischin) verhaftet.

Für die Redaktion verantwortlich Karl Eilers in Weperlebe Druck und Verlag von Eberhard Ries in Weperlebe

Amliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der §§ 12 Nr. 1 und 15 Abs. 3 der Bundesratsverordnung vom 25. September, 4. November 1913 über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsstellung, der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Beseitigung des Kettenhandels vom 24. Juni 1916, 16. Juli 1917, sowie des § 5 des Höchstpreisgesetzes vom 4. August 1917 hat das Direktorium der Bekanntmachung vom 22. März 1917 hat das Direktorium zur Regelung des Verkehrs mit Eiern folgendes bestimmt.

1. Der Erhandel — mit Ausnahme des unmittelbaren Verkaufs vom Erzeuger an den Verbraucher — ist nur denjenigen gestattet, die vor dem 1. Mai 1915 in der Provinz Oldenburg mit Eiern gehandelt und von dem zuständigen Amt oder Stadtmagistrat einer Stadt 1. Klasse einen Erlaubnis erhalten haben.

Ausnahme wisse kann mit Genehmigung des Direktoriums, Abteilung des Jancen, auch solchen Personen der Erhandel gestattet werden, die erst nach dem 1. Mai 1915 diesen Handel angefangen haben.

2. Zusätzlich für die Errichtung der Erlaubnis ist derjenige Amt, derjenige Stadtmagistrat einer Stadt 1. Klasse in dessen Bezirk der Verkäufer seine gewerbliche Niederlassung hat. Erhält der im Sinne dieser Verordnung sind auch Eierverkaufer, engeren Verhältnisse und freie Vereinigungen zum gemeinsamen Erwerb.

Eiergroßhändler können für ihre Einkäufer Nebenkarten durch das für die Ausstellung der Haupterlaubnis zuständige

 Landesbibliothek Oldenburg

Zwischenahn. Neu eingetroffen:

Grasmäher
in verschiedenen Ausführungen,
Heuwender,
Heurechen,
Handschleppreden,
Motordreschmaschinen,
Breitdreschmaschinen,
Spitzdreschmaschinen,
Staubmühlen
in verschiedenen Größen,
Häckselmaschinen,
Zaucheläcker,
Zauchepumpen,
Flügelpumpen,
Häufelpflüge,
Furcheneggen,
Schleifsteine.

Ich bitte um Berücksichtigung meines
reichhaltigen Lagers u. Anfor-
derung meines Katalogs.

Gerhd. Sandstede.

Um unnötiges Warten zu ver-
hindern, bitte ich höflich die
Einwohner des Ortes, welche bei
mir in die Kundenliste eingetra-
gen sind, mit den Anfangsbuch-
staben A bis K von morgens
8 1/2 bis 9 1/2 Uhr, und L bis Z
von 9 1/2 bis 10 1/2 Uhr an ihr Geschäft ab-
zuholen. Für die Bewohner der
Dörfer findet der Verkauf den
ganzen Vormittag von 7 1/2 Uhr
an statt.

Siegfr. Meyer.

Prima Sunlight-Säie

empfiehlt
Th. Altrichs.

**Spar- u. Darlehenskasse
Toholt.**

Bestellungen von
Kunstdünger,

die vor dem 1. Juni gemacht
worden, sind hierdurch aufgehoben.
Neubestellungen von Kunst-
dünger und Saatgut sind
bis spätestens zum 8. ds. Mts.
zu machen. Der Vorstand

**Spar- und Darl.kasse
e. G. m. H.
zu Toholt.**

Bilanz am 3. Dez. 1918.

A. Aktiva.	
1. Kassenbestand	7684,60
2. Forderung i. M. d. H.	135083,92
3. Darlehensforderung	70608,65
4. Forderungen der	
Warenabteilung	1622,36
5. Beteiligungen	370,—
6. Inventarkonto	1,—
M. K. 218048,53	

B. Passiva.	
1. Geschäftsguthaben der Genossen	258,—
2. Reservefonds	4834,32
3. Betriebsrücklage	1468,89
4. Schulden d. Warenabteilung	555,75
5. Schulden i. d. Rech.	7232,97
6. Spende	138762,27
7. Sonst. Schulden	300,—
8. Abgang	89,78
M. K. 218048,53	

Zahl der Genossen am 1. Januar
1918: 66 — Abgang: 13 — Ab-
gang: 0 — M. K. 1. Dezember 1918: 70.

Der Vorstand
Fr. Hise, D. Eichhoff,
Gerd. Hise

Viehverwertungs-Verband Oldenburg.

Schweinemast- Verträge.

Die Schweinehalter werden hiermit aufgefordert, unter
den nachfolgenden Bedingungen Schweinemastverträge mit dem
Viehverwertungsverband abzuschließen:

1. Die Schweinehalter verpflichten sich, an den Vieh-
verwertungsverband zu einem näher festzulegenden
Zeitpunkt, spätestens bis zum 15. November 1919,
unter den festgesetzten Abnahmebedingungen schla-
chtere Schweine mit einem Abnahmegewicht von min-
destens 75 Kilogramm auf Abruf durch den Ver-
trauensmann an den Viehverwertungsverband zu
liefern.
2. Für jedes zur vertraglichen Lieferung gemeldete
Schwein erhält der Schweinehalter gegen Vorlegung
des mit ihm abgeschlossenen Vertrages von der Futter-
mittel-Verteilungsstelle des für seinen Wohnort zu-
ständigen Amtsverbandes 300 Kilogramm inländische
Kleie und soweit der Vorrat reicht, 10 Kilogramm
hochweißhaltiges Tierkörpermehl verabfolgt.
Der Preis beträgt für Kleie 20,50 M. je 100
Kilogramm einschl. Papierfad; für Tierkörpermehl
wird der Preis noch mitgeteilt.
3. Für die den Vertragsbedingungen entsprechend ge-
lieferten Schweine erhält der Lieferant einen Preis
von 150 M. je 50 Kilogramm des bei der Abnahme,
geprüft gewogen, mit 5 Prozent Abzug festgestellten
Lebendgewichts.

Schweine, die das vorgeschriebene Mindestgewicht
von 75 Kilogramm nicht erreichen, werden bei einem
Rechnungsgewicht von mindestens 60 Kilogramm mit
100 Mark, bei einem geringeren Gewicht mit den für
Schlachtschweine allgemein festgesetzten, jetzt geltenden
Höchstpreisen bezahlt.

4. Anmeldungen sind bis spätestens zum 15. Juni 1919,
an den für den Wohnort des Schweinehalters zu-
ständigen Vertrauensmann des Viehverwertungs-
Verbandes zu richten.

Oldenburg, den 2. Juni 1919.

Sennings.

Beihilfen gegen Viehbläh!

von der Weib. schließt ab

Otto Frankson, Westerstede.
Telefon 62.

Kaffee

sehr preiswert, empfiehlt

Gust Riesebieter

Kaufe Häute, Felle, Lumpen

nach zu hohen Preisen

Julius Hoffmann.

Geschäfts-Übernahme!

Mit dem heutigen Tage habe ich das
bisher von Herrn Luley geführte

Hotel zur Börse

übernommen und bitte, das Herrn Luley
geschenkte Vertrauen auf mich übertragen
zu wollen. Es soll mein Bestreben sein, durch
gute Waren und aufmerksame Bedienung die
geehrte Kundschaft in jeder Weise zufrieden
zu stellen.

Westerstede. Heinr. Ribken.

Apen.

Strohühle

sowie
Flachühle und Mägen
empfiehlt

J. H. Tehje.

Edewecht.

la. gemahl. Kainit
u. Kalkmergel

in jeder Menge wieder abzugeben.

H. Seije.

Weiße Umlegefragen,
Vorhemde,
Krautbatten u. Selbstbinder,
Sportvorhemde,
Sportpangen,
Abwaschbare Vorhemde.

Carl Hotes.

Stempel

und
Petschafte

liefert schnell, sauber
::: und billig :::
F. W. Broeker

Hüte

echt wieder in neuer schöner
Auswahl am Lager.
Gemäßigte Preise.

Johanne Fortmann

Papiergeschäft,

Apen i. O.

Kaps u. Rübsen

zur Saat

jede Menge zu kaufen gesucht.
Dr. Otto Bartels,
Oldenburg i. O., Handelshof
Gertrud 1727.

Apen.

Roh-Kaffee,

Stund 25.— Mk.,

Stund 29.— Mk.,

empfiehlt

J. H. Tehje.

**Turnverein
Westerstede**

Die Monats-Versammlungen
fallen vorläufig aus.

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO

OOOOOOOOOO



Kriegsbeschädigten - Verein für die Gemeinde Apen,

Sitz: Augustfehn.

Am Sonntag den 15. Juni:

Großer

Frühjahrs-Ball

in dem prachtvoll dekorierten Saal des
Kamer. Reinh. Janßen, Augustfehn.

Eintritt für Herren 2 Mk., Damen 1 Mk., wofür
freier Tanz. Militär-Kapelle.

Anfang 5 Uhr. Der Reinertrag wird an den Unter-
stützungsfonds des Vereins abgeführt.

Es laden freundlichst ein
Reinhard Janßen der Vorstand.

Ldw. Bezugs-Genossenschaft Dohlt,

e. G. m. H.

Bilanz am 31. Dezember 1918.

Aktiva.		Passiva.	
1. Kassenbestand	649,99	1. Schulden	1521,73
2. Forderungen	1018,99	2. Reservefonds	155,93
3. Inventar	1,—	3. Betriebsrücklage	101,49
4. Geschäftsguthaben b. d.		4. Geschäftsguth. d. Gen.	290,—
Ldw. Bezugs-Genossenschaft	600,—	5. Reingewinn	200,84
	2269,98		2269,98

Zahl der Genossen am 1. Januar 1918: 74. — Zugang: 11. —
Abgang: 0 — Zahl der Genossen am 31. Dezember 1918: 85.

Gesamtsumme der Genossen am 31. Dezember 1918: M. 85000.

G. Janßen, H. Hobbi-janßen, H. Hobbie.

Nachruf!

Zwischenahn, den 3. J. ni 1919.

Gestern verschied unser werter Verbands-
kollege,

der Weichenwärter

D. Fürgens,

Kayhausen.

Er war uns allen ein lieber, uneigennütziger
Kamerad und werden wir sein Andenken stets
in Ehren halten.

Deutsch. Eisenbahnverb.
Ortsgruppe Zwischenahn.



Statt Ansage!

Zeddeloh 1, den 3. Juni 1919.

Heute morgen 1 Uhr entschlief sanft und
ruhig nach kurzer Krankheit unser lieber, guter
Vater, Schwiegervater, Groß- und Urgroßvater,
der Gasmirkt

F. D. Kreye

im 72. Lebensjahre

Dies bringen tiefbetäubt zur Anzeige
Herr Kreye und Frau,
nebst Geschwister und Angehörigen.

Die Beerdigung findet statt am Freitag den
6. Juni, auf dem Kirchhof in Edewecht. Um
1 Uhr Trauerandacht im Hause.

Der Anmerländer

(Hauptpreis Nr. 5.)

Preis für die Vierteljahre frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Man abonniert bei allen Postämtern (oder Landbriefträgern) und in der Expedition. Anzeigenpreis: für die einspaltige Zeile (oder deren Raum) für 5 Zeilen aus dem Freistaat Oldenburg 80 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 95 Pfg. Anzeigen kosten 1 Mk. die Zeile. Anzeigen-Nachnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher eingegeben. — Jedes Anrecht auf Rückgabe geht verloren, wenn Anzeigen-Geldbühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzverhältnisse bei Aufgabeln von Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird nicht übernommen.

Nr. 129.

Bestenfalls, Donnerstag den 5. Juni 1919.

59. Jahrgang

Zweites Blatt

Grober Unfug oder...?

Wir sind über Nacht um eine Republik reicher geworden. Diesmal eine rheinische Republik, eine „kleine“ rheinische Republik im Verlande des deutschen Reiches, und man hat ihr, um argwöhnische Gemütern von vornherein zu beruhigen, die Bezeichnung als „Friedensrepublik“ mit auf den Weg gegeben.

Man — wenn wir nur wüßten, wer in diesem Falle darunter zu verstehen ist. Aber der in Mainz veröffentlichte und an allen Stützpunkten angelegene Aufruf ist zwar von Aden, Mainz, Speyer und Wiesbaden datiert und trägt die Unterschrift eines rheinischen, eines nassauischen, eines pfälzischen Arbeitsausschusses, aber kein Name ziert das ziemlich langatmige Schriftstück, das an ein „rheinisches Volk“ gerichtet ist und am Schluss die rheinische Republik hochleben läßt. Ein anonymes Nachwort also, das eigentlich in den Papierkorb gehörte und dessen Umschlag in Söcht und anderen Orten des besetzten Gebietes deshalb mit Fug und Recht von den zuständigen deutschen Behörden abgelehnt worden ist — trotz der Berufung auf einen angeblich amtlichen Auftrag des französischen Kommandeurs von Wiesbaden. In Koblenz und in Köln scheint der Versuch, auf diese sonderbare Art und Weise einen neuen Staat ins Leben zu rufen, am Sonntag wenigstens noch nicht gemacht worden zu sein, trotzdem Koblenz in dem Aufruf als Ort für den Sitz der neuen Regierung, wie für den Zusammentritt der Landesversammlung angegeben ist. Vielleicht ist die Bekanntmachung von Mainz zunächst unterlassen worden mit Rücksicht auf den Gehalt der Rede, in der die Kooperationsbestrebungen in schärfsten Worten als Hochverrat brandmarkiert und Behörden und Gerichte des Landes auffordert, ihre Mithilfe zu tun. Aber die französischen Vorgesetzten haben ja schon in der Nacht geantwortet, daß sie der deutschen Politik in der rücksichtslosesten Weise in den Arm zu fallen wissen, wenn diese es sich herausnehmen sollte, deutschen Landesgeboten Achtung verschaffen zu wollen. Warum also hier plötzlich die Angst vor der Öffentlichkeit? Oder sollte man es etwa nur mit einem groben Unfug zu tun haben, mit einem verpöbelten Karnevalsstück, wie sie am Rhein ja so recht eigentlich zu Hause sind? Inwiefern dazu sind die Seiten doch wohl zu ernst. Und die Vorgänge der letzten Woche, die Verhandlungen mit General Mangin, die verschiedenen Versammlungen und Kundgebungen der Kreise, die in einer Selbständigmachung der Rheingebiete das einzige Heil des Landes sehen, haben doch zur Genüge bewiesen, daß wir hier mit einer sehr ernstlichen Gefahr zu rechnen haben, daß das Feuer, das man schon von Weimar aus, als seine ersten Anzeichen sichtbar wurden, ausgetreten zu haben glaubte, weitergebrannt hat, und daß es inzwischen von französischer Seite her reichlich mit neuer Nahrung versorgt wurde. So werden wir uns wohl für die Annahme eines Hochverrats entscheiden müssen — so bitter schwer es auch sein mag, deutsche Volksgenossen gerade jetzt mit solchem Verdacht zu befallen.

Und was sagt der Aufruf? Der Augenblick sei gekommen, wo es gelte, dem Völkerfeinde eine Brücke zu bauen. In dieser Stunde der höchsten Not verlange das rheinische Volk, hie es sich aus freien Stücken los von den Grundsätzen, durch die so viele Kriege verursacht seien, von dem entarteten Feindtum und Militarismus. Seine vornehmste Pflicht sei zur allgemeinen und endgültigen Völkerverständigung von ganzem Herzen beizutragen. Deshalb erklären wir, die Errichtung einer selbständigen rheinischen Republik, die das Rheinland, Alt-Rheinland, Rheinhausen und die Rheinpfalz umfasse unter Einbeziehung von Birkfeld (einer ostpreussischen Enklave). Die vorläufige Regierung wird durch Delegierte der unterzeichneten Ausschüsse ausgesetzt; die Erlaubnis zur unerschränkten Vornahme der Wahlen für die rheinische Landesversammlung wird unverzüglich nachgefordert werden. Diese Regierung hat ihren Sitz einstweilen in Wiesbaden. Die Behörden bleiben bis auf weiteres im Amt. An Stelle der preussischen, bayerischen und hessischen Zentralregierungen tritt die vorläufige Regierung der rheinischen Republik — blos! Nur schade, daß in der Eile verkannt wurde, hienauszugeben, daß die Erlaubnis zur Vornahme von Landtagswahlen nachgeholt werden soll: ob bei der Reichsregierung oder etwa bei den französischen Verwaltungsbehörden. Ein „rheinisches Volk“ dürfte in Berlin oder Weimar schwerlich anerkannt werden, ebenso wenig in München oder Paris. Wie also Wiesbaden oder Mainz und als oberste Instanz für diese rührigen aber namenlosen Arbeitsausschüsse der französischen General Mangin oder ein anderer „Freund“ des „rheinischen“ Volkes und der endgültigen Völkerverständigung. Wie ja auch die begründete Einseitigkeit des Aufrufs ganz und gar in französischen Geistes gehalten, mit Barriere-Phrasen gespickt ist und an Selbstverständlichkeit so ziemlich alle Grenzen der Schamlosigkeit weit hinter sich zurückläßt. Erst diesen Sonntag hat die stähler Bürgerlichkeit wieder in einer machtvollen Kundgebung vor aller Welt bekannt, daß sie alle Verleumdungen, die Rheinland von Preußen oder von Deutschland zu trennen, als Landesverrat mit Empörung zurückweist. In Wiesbaden aber setzen sich ein paar armelige Schächer hin und schreiben nach französischem Diktat einen Brief zusammen, der als ewiges Denkmal deutscher Schande die Jahrhunderte überleben wird — selbst wenn ihn das einzig verdiente Schicksal treffen sollte, von der Entrüstung aller wahren Rheinländer in tausend Fetzen zerrissen zu werden.

Rein, haben wir es wirklich mit einem ernsthaften Anschlag auf die Einheit Deutschlands zu tun, so werden sich, trotz der feindlichen Belegung des Landes, doch wohl noch Mittel und Wege finden, um es bei diesem Unfug nicht französischer Erfindung höchstens zu einer Fehlgeburt kommen zu lassen. Die Regierung hat hier eine Gelegenheit, zu zeigen, ob sie wirklich staatsverhaltende Arbeit zu leisten imstande ist.

Die Rheinische Volkszeitung, deren inzwischen ausgetretener Redakteur Grobner zu den Förderern der Abtrennungsbestrebungen zählt, berichtete am Montag: Wie wir vernahmen, ist am Sonntag in Mainz und Wiesbaden eine rheinische Republik ausgerufen worden. Staatsanwalt A. D. Dörten, seit einiger Zeit in Wiesbaden wohnhaft, hat sich zum Präsidenten einer Republik ernennen lassen. Dieser Präsident von eigenen Gnaden soll seine vollstetige Anerkennung bei den Mächten beantragen haben.

Die Fassung dieser Meldung und der Rücktritt Grobners zeigt, daß auch der Rheinische Volkszeitung der völlige Unfug klar geworden ist, der da betrieben wird.

Eine amtliche Erklärung.

Von amtlicher Stelle wird zu den Vorgängen im Rheinland folgende Erklärung abgegeben: Es handelt sich hier offenbar um einen Abrennungsbuchdruck gegenüber der Reichsregierung. Die Reichsregierung hält unbedingt an der mit den rheinischen Abgeordneten getroffenen Vereinbarung fest, wonach eine Loslösung der Rheinland vom Reich durchaus undenkbar ist. Für die Regierung gibt es keine vorläufige Regierung, deren Zusammenlegung der Aufruf fälschlich behauptet. Die Landes- und Kommunalbehörden empfangen nach wie vor ihre Weisungen von ihren Landesregierungen, denen sie allein verantwortlich sind und bleiben. Die Reichsregierung erwartet von ihnen in dieser schweren Stunde getreues Ausstehen auf ihren Posten, die für die ganze rheinische Bevölkerung Vorposten und Stützpfeiler der Reichstreue sein müssen.

Regierung und D. S. L.!

Eine Anfrage über Wiederaufnahme des Krieges. Die Oberste Seeresleitung hatte am 21. Mai eine Rundfrage erlassen, um ein Bild darüber zu gewinnen, wie sich die Bevölkerung zu einer etwaigen Wiederaufnahme des Krieges stellen würde. Der Fragebogen, der an namhafte Persönlichkeiten verandt wurde, lautet:

1. Ist die Bevölkerung in überwiegender Zahl für Wiederaufnahme des Krieges oder nicht?
2. Wenn die Frage 1 bejaht wird, ist die Bevölkerung dann nur zur Verteidigung bereit, Wiedernahme ihrer engeren Heimat oder auch zu weitergehenden Kämpfen bereit, wenn sie außerhalb Deutschlands, a. B. in Polen oder Ausland, geführt werden müßten?
3. Hat die Einberufung zu den Fahnen Aussicht auf Erfolg?
4. Kann mit einem großen Zustrom von Freiwilligen gerechnet werden?
5. Ist die Bevölkerung bereit und entschlossen, gegen über weltlichen, wirtschaftlichen und politischen Druck, den eine feindliche Belegung des Landes mit sich bringt, standhaft zu bleiben?
6. Sind bei Wiederaufnahme des Kampfes innere Unruhen zu befürchten, und in welchem Umfange?

Diese Rundfrage ist aber von der Reichsregierung verboten worden, da sie politisch sei und über den Namen der Tätigkeit der D. S. L. hinausgehe.

Internationales Arbeiterrecht.

— Zulassung deutscher Arbeiter in Washington. — Der deutschen Delegation in Versailles ist eine Note Clemenceaus als Erwiderung auf die deutsche Note über das internationale Arbeiterrecht zugegangen. Darin erklären die alliierten und assoziierten Regierungen einig zu sein, in kurzer Zeit nach Friedensschluss die deutschen Vertreter in die internationale Kommission aufzunehmen und die Washingtoner Konferenz die nächsten Jahr stattfinden soll zu bitten, die deutschen Vertreter als gleichberechtigte Mitglieder zuzulassen.

Die Leiche Rosa Luxemburgs gefunden.

Nur Sektion nach Boffen gebracht.

Berlin, 2. Juni.

In der Nacht zum Sonntag wurde im Landwehrkanal die Leiche einer Frau gefunden, die schon stark entstellte war. Da man vermutete, daß es sich um die Leiche von Rosa Luxemburg handelte, ordnete der Kriegsminister Vorsteher der Überführung nach Boffen an, um politische Kundgebungen zu vermeiden und die Sektion sicherzustellen. Der Untersuchungsrichter Richter verlangte die Bestätigung der Reichsanwälte Völkner, Hölzner und Weinberg. Eine Kretzelkommission, die Untersuchungsbeamten und

die Rechtsanwälte werden in Boffen der Obduktion beiwohnen. Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, der den Kriegsgerichtsrat Böhm vertritt, hat die Identität der Leiche festgestellt.

Deutschlands Flotte.

Aufstieg und Ende unserer Seemacht.

Nach dem deutschen Gegenantrag erklären wir uns bereit, auch die uns von unserer Flotte noch belassenden 3 Minierschiffe auszuliefern. Der feindliche Entwurf sah bereits die Ablieferung weiterer 8 Minierschiffe, 8 kleiner Kreuzer, 52 moderner Zerstörer und 50 Torpedoboote vor. So hat die Entente, insbesondere England, durch einen Federstich erreicht, was der großen feindlichen Flottenübermacht nicht gelungen ist: die Auslöschung der deutschen Seegewalt. Damit treten wir endgültig aus der Reihe der bündnisfähigen Großmächte aus. Die Geschichte unserer Seemacht klingt damit aus wie eine Tragödie. In unglaublich kurzer Zeit war sie entstanden, im Weltkrieg stand sie auf dem Höhepunkt des Ruhmes, um dann an einem Tage in ein Nichts zu versinken.

Obwohl im Mittelalter sich die deutschen See- und Handelsstädte zur meeresbeherrschenden Seemacht zusammengeschlossen hatten, konnte von einer eigentlichen Kriegsmarine keine Rede sein. Auch die Flotte des Großen Kurfürsten, die nach seinem Tode übrigens verfiel, konnte nicht als Kriegsmarine im heutigen Sinne gelten. Erst als im Jahre 1848 das kleine aber seelustige Dänemark die deutschen Häfen blockierte und unsern Handel empfindlich schädigte, wurde der Ruf nach einer Flotte allgemein. Aber als einige Schiffe — durch freiwillige Spenden — angeschafft waren, erlachte das Interesse und die Flotte ging ein, weil die Unterhaltungskosten nicht aufgebracht werden konnten. 1852 wurden die vorhandenen Schiffe veräußert. Die besten Schiffe kaufte damals Preußen auf und legte damit den Grundstein zu einer preussischen Flotte, wie es dem auch für die Zukunft allein als Träger des Flottengeistes in Betracht kam. Schon im folgenden Jahre wurde der Kadettenanfang angeordnet und bald der erste Kriegshafen angelegt. Aber noch im Jahre 1865 wurde vom preussischen Parlament ein Antrag auf Erweiterung der neuen preussischen Kriegsmarine abgelehnt. Im folgenden Jahre ward aus der preussischen Flotte des norddeutschen Bundes, und im folgenden Jahre bewilligte der Reichstag 16 Panzerschiffe, 20 Korvetten, 8 Aviso und 32 andere Fahrzeuge. Ein Jahr nach dem Kriege gegen Frankreich ward dem neuen deutschen Reichstag ein Flottenplan vorgelegt, der insbesondere auf die Entwicklung des deutschen Ueberseehandels Rücksicht nahm. Von nun an nahm die Entwicklung der deutschen Flotte — je nach dem Stande der Technik — einen ruhigen, ununterbrochenen Verlauf.

Unsere Flotte waren auf hohe Meer gerichtet. Als dann Kaiser Wilhelm II. zur Regierung kam, trat eine Wendung in unserer Flottenpolitik ein. Der junge Monarch war nicht zu überzeugen, daß im Weltkampf mit England sich Deutschland darauf beschränken müsse, eine Flotte zur Küstenverteidigung zu unterhalten, er vertrat vielmehr die Ansicht, daß Deutschlands Seemacht stark genug sein müsse, dem Feinde bei einem etwaigen Angriff auf hoher See entgegenzutreten. Aber die parlamentarische und diplomatische Geschichte der Zeit seit Bismarcks Rücktritt kennt, wie die Kämpfe sich um das fastliche Flottenlimit entwickelten. Man mag dem gegenüber stehen, wie man wolle, einmündig sei die Tatsache, daß unsere Seemacht während der ersten Kriegsjahre Leistungen vollbracht hat, die die Vermählungen um ihre Schlachtfelder reichlich lohnten und die die Welt mit Staunen und Bewunderung erfüllten. Die Schlacht am Skagerrak, in der die überlegene englische Flotte fast zum Abgrund genötigt sah, ist der Höhepunkt dieser Leistungen. Sie wird ein Ruhmes- und Gedenkbild der Flotte bleiben, deren Zusammenbruch und ruhmlose Übergabe heute noch den Feinden ein Rätsel ist.

Vielleicht aber kommt noch einmal eine Zeit, in der unsere Nachfahren aus der Geschichte unserer Seemacht lernen werden, was Fleiß und Treue zu leisten vermögen. Wir aber grüßen die unbeflegte Flotte, die uns den Weg wies in die weite Welt, und deren Verlust uns ins Dunkel, in die Einamkeit führt, auf daß England die Meere beherrsche und den Weltmarkt verwalte. M. D.

Gurchbare Katastrophe im Kino.

Genf. In Valence an der Rhone fing im Verlauf einer Kinovorstellung am Sonntag nachmittags die Kabine des Waldmüllers Feuer. Die 400 Zuschauer fürchten in unbefriedigender Erregung auf die Ausgänge. Kinder und junge Mädchen wurden an Boden geworfen und zertrümmert. Mehr als 80 Tote wurden gezählt, nämlich 68 Kinder, ein Frauen und ein Mann, die alle erstikt sind.

Verschiedene Meldungen.

München. Hier sind die Bediensteten und Angestellten des Gastwirtschafts wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Eine Wiedervereinigung beschloß darauf, den Streik mit der sofortigen Schließung aller Lokale zu beantworten.

Budapest. Die Gemahlin des langjährigsten Redakteurs des „Neuer Hun“ Dr. Heinrich Schiller wurde von ihrer Dienstmagd durch Beibehaltung so schwer verletzt, daß sie nach einigen Stunden starb. Die Ursache des Mordes ist unbekannt.

Anzeigen.

Land-Verkauf.

Hausmann Gerh. Brünjes in Oldenburg läßt Freitag den 6. Juni, nachm. 5 Uhr, in Mainz Gasthause zu Osholt von seinen daselbst belegenen

Immobilien

mit Antritt auf Herbst d. J. öffentlich meistbietend zum Verkauf ausgehen:

1. das am Wege nach Apen- nachisch belegene Flsg. „Quadersteine“, groß 1,9114 Hektar, bester ebener Grünlandboden,
2. die Weide am Wilden- esch, groß ca. 40 Scheffel- saß, und
3. das an 2 angrenzende Heidefeld, groß ca 40 Scheffelsaß.

Der Verkauf kann auch in Teilungen geschehen und ein großer Teil der Kaufgelder beizugleich befallen werden.

Westerheide.

Verpachtung.

Westerheide. Der Landwirt A. Hobbiejanen zu Torsholt läßt am

Freitag den 6. Juni, nachmittags 5 Uhr, in Hobbiejanen's Wirtshaus zu Torsholt seine daselbst an der Gaaßsee schön belegene

Landstelle

bestehend aus Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, sowie reichlich 20 Scheffels. bester Gartens, Bau- und Weide- ländereien,

auf mehrere Jahre öffentl. meist- bietend verpachten. Ein reichlich 1 Hektar großer, teils kultivierter Flächen kann event. auch beigegeben werden.

Pachtzinshaber laßt ein

Friz Wittermann, Neßf

Maschinenöl, Wagenfett, Lederfett

empfehl't K. Oeltjen.

Betrifft Wollablieferung

laut Beschlagnahme-Bestimmung Nr. W. 10/3, 19 vom 1. März 19.

Zum Ankauf der Wolle von Schafhaltern mit weniger als 30 Schafen sind Bezirksaufkäufer bestellt worden. Die Bezirks- aufkäufer wiederum haben Sammelstellen errichtet.

Sammelstellen für den Kreis Westerstede i. O. sind

Kaufmann Th. Ahlrichs, Westerheide,

Fr. Orth, Ederweh,

Joh. Feine, Struß, Augustfehn,

Bahnhofswirt August Wille, Zwischerahn.

In diese Sammelstellen können die Schafhalter ihre Wolle zur Abschätzung durch den Bezirksaufkäufer liefern. Der Bezirks- aufkäufer kauft diese Wolle gegen eine Provision für die Reichs- wolle-Vereinigung, Berlin, also nicht für seine Rechnung auf. Er ist angeordnet, für das rohe, ungewaschene Produkt den höchsten Preis zu zahlen unter Zugrundelegung der am 1. März d. J. für gewaschene Wolle festgesetzten Uebernahmepreise, welche gegen die bisherigen Preise beträchtliche Erhöhungen aufweisen.

Bezirksaufkäufer ist die Firma:

Joh. Lange Sohn's Wwe. & Co., Bremen.

Jeder Abnehmer von Wolle erhält einen Abnehmerchein. Auf demselben ist vermerkt, welche Mengen Rohwolle, Schaf- wolle, die Schafhalter zum Zwecke der Selbstverwertung freigegeben werden. Die Bezirksaufkäufer beim Sammelstellen von deutschen Wolle sind berechtigt, diese freigegebenen kleinen Mengen Wolle zum Verpinnen anzunehmen. Eine Belieferung von Strickgarn findet nicht mehr statt.

Reichswirtschaftsstelle für Wolle, Berlin.

Knaben-Bekleidung

Kieler Anzüge Wasch-Anzüge
Kieler Mäntel Wasch-Blusen
Fallen-Anzüge Wasch - Hosen

Nur allerbeste Qualitäten.

m. Schulmann

38 Alsterstr. Oldenburg Alsterstr. 38

Varelerhafen - Varel.

Ich habe wieder

Mauersteine

abzugeben. Freigabecheine ist beizubringen.

G. Braumund.

Oldenburg, Tel. 1236,

Atelier für moderne Zahnheil- und Ersatzkunde,

Sprechstunden: 9-1 vormittags, 2-6 nachmittags, Sonntags von 9-12 Uhr.

Dentist Schmidt

Gottorpstr. 1 (gegenüber der Landesbank), Tel. 1236,

Atelier für moderne Zahnheil- und Ersatzkunde,

Sprechstunden: 9-1 vormittags, 2-6 nachmittags, Sonntags von 9-12 Uhr.

Dentist Schmidt

Immobilien-Verkauf.

Zwischerahn. Die zu Zwischerahn am Ende des Sees sehr günstig belegene, allge- mein bekannte

Wirtschaft

„Zum grünen Hof“ ge- langt infolge beantragter Zwangsversteigerung am

Donnerstag den 12. Juni,

vorm. 10 Uhr,

im Gerichtszimmer Abt. 1 zu

Westerheide zum Verkauf.

Dieser zum Verkauf kommende

Besitz besteht aus einem

Wohnhause, Tanzsaal, Stall

und gebaueter Regelfabrik, sowie

einem 6 Scheffelsaat großem

Wald- und Gemüsegarten, sowie

8 Scheffelsaat guten Acker-

ländereien, auch ist es das

Sammelungslokal mehrerer

Vereine und ein beliebtes Aus-

flugslokal.

Einem tüchtigen Wirt wird

hier eine sichere Brotstelle ge-

boten.

Weitere nähere Auskunft

wird von dem unterzeichneten

Zwangsverwalter jederzeit gern

erteilt. J. D. Hinrichs,

Rechnungs-Keller.

Mützen und

Strohhüte

für Herren und Knaben,

Kravatten und

Selbstbinder

in schöner Auswahl empfiehlt

J. W. Leonhards,

Augustfehn.

Auf Veranlassung des hiesigen

Katasteramts halte ich Lager in

amtl. Begeleitarten,

sowie sogenannte

Messischblätter

(Müllurkarten)

und empfehle dieselben für Gebet-

mann.

Hermann Wohlauf,

Buch- und Papierhandlung

bei der Post

Neu eingetroffen:

Hemdentuche,
Ungebleichter Nessel,
Fertige Damen-Hemde,
Schürzenstoffe,
Baumwoll-Kleiderstoffe,
Baumwoll-Flanelle,
Mouseline und Satins
für Blusen u. Kleider,
Herren-Normalhemde

zu ganz besonders billigen Preisen.

F. H. Renken

Aerger und Geld

Sparen Sie, wenn Sie Vergrößerungen nur bekannten Fachphotographen in Auftrag geben.

Im Vertrauen

auf die tausendfach erprobte Wirkung, selbst wenn schon vieles andere ohne Erfolg angewandt, nehmen Frauen bei Monatsbeschwerden die vielbewährten echten Frauenkapseln „Fembar“ destill. ex Cinnamon Alcoh. Cariphyll. Fol. mellis, a. Kalmie M. 5, Qual. ex. 7.50, bei sehr hartnäckigen Beschwerden Doppelkapseln M. 12.50. Bedeutend erhöhte Wirkung wird erzielt durch gleichzeitigen Gebrauch von „Fembar-Tee“ Pak. M. 2.50. Warnung vor Nachahmungen. Besondere nach auswärts gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages. Medizinisches Versandhaus Bremen 317, Postfach 225.

Reitsattel

hat zu verkaufen Karl Oeltjen, Sattler.

Kali

ist wieder vorrätig. Herm. Kramer, Bohl.

Gänse-Bruteier

von weißen Gänsen kaufe diese und nächste Woche zu höchsten Preisen.

J. H. Lamken, Apen.

Zwischen Haß und Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

25] (Nachdruck verboten.)

„Na, was gibt's denn? Sie sehen ja aus, als ob —“
„Wissen Sie, was ich erlebte! Vor einer halben Stunde, ich eben unten beim Hausmeister war, um Er- fundigungen über den Franzosen einzusehen! Es ist schrecklich! Und wissen Sie, was er hinterlassen hat? Nichts als ein offenes Blatt Papier, in dem er angeführt des Todes schwört, an der Giftgeschichte unschuldig zu sein! Aber der Umstand, daß es überhaupt jemand ein- fallen könnte, ihn zu verdächtigen, daß man ihn überwachen ließ — das trieb ihn in den Tod.“ Wiesler sank auf den nächsten Stuhl und wuschte sich den Schweiß von der Stirn. „Mein Verbot hat mich nichts so mitgenommen, Herr Weigner!“

„Unfami!“ hernügte Weigner den tief Erregten. „Sie taten nur Ihre Pflicht. Trifft jemand Verantwortung, können's höchstens Ihre Vorgesetzten sein. Aber wie die Dinge liegen, taten auch nur ihre Pflicht. Baron Witten war offenbar ein fränkischer, erregter Mann —“

„Das war er! Wer konnte auch ahnen, daß er un- schuldig war! Jetzt freilich glaube ich es selbst!“

Weigner atmete tief auf. „Ich auch! Denn vieles Unwahrscheinliche, fast Unmögliche fällt nun weg. Die Sache vereinfacht sich sehr dadurch. Was haben Sie in der Villa für Maßnahmen getroffen?“

„Mein Kollege kam eben, als das Unglück geschehen war, zur Abklärung heraus. Ich rief ihn ins Haus und ließ ihn als Wache dort. Im übrigen ließen wir natürlich alles unberührt und schloßen das Zimmer ab. Auf dem Wege habe ich nach Wien telephoniert.“

„Gut. Und nun stärken Sie sich erst mal ein wenig, dann wollen wir weiterreden.“

Weigner klingelte, ließ Abendbrot und Wein bringen und nahm dann, während Wiesler ab, seine Wanderung durch das Zimmer wieder auf. Da — die Sache wurde

einfacher, klarer — wenigstens soweit die Buchlaus Schuld betraf.

Wiesler hatte seine Maßzeit bald beendet und sah die Dinge ruhiger an.

„Ich will Ihnen nun sagen, was ich über den Franzosen erfuhr“, sagte er aufstehend. „Er heißt —“

„Charles Pitou — weiß ich bereits. Was ist er für ein Mensch?“

„Ein absehbarmundetes Subjekt, wie es scheint. Die Stelle erhielt er nur, weil er sich darauf berief, früher einmal bei Herrn von Buchlaus angestellt gewesen zu sein.“

„Weiß ich auch bereits. Weiter!“

„Später stellte sich heraus, daß seine Zeugnisse ge- fälscht waren. Er war ein Schwadronneur und Schulden- macher, der nie einen Kreuzer in der Tasche und nirgends Kredit hatte. Er liegt wie gedruckt und ist zu jedem Streich zu haben.“

„Dachte ich mir ungefähr. Wo ist er jetzt?“

„Er mietete sich nach seiner Entlassung bei einer Witwe Harpner ein, die Gießstraße 17 wohnt. Dort wird er wohl noch sein.“

„Wenn er nicht das Weite gesucht hat“, dachte Weigner, dem einfiel, daß Wandler etwas von Auswanderung ge- schrieben hatte.

„Davon will ich mich lieber gleich überzeugen“, sagte er, nach seinem Gut findend: „warten Sie hier indessen auf mich!“

Es war noch nicht sieben Uhr, als Weigner die Gießstraße und das Haus der Witwe Harpner erreichte.

Ein Bettel mit der Anzeige, daß es hier im ersten Stock ein möbliertes Zimmer samt Kabinett zu vermieten gäbe, hing an der Haustür. Das Haus selbst war klein, ländlich und lag ganz isoliert am Ende der Straße zwischen zwei Baumreihen.

Die Witwe empfing Weigner sehr freundlich, denn sie hielt ihn anfangs für einen neuen Mieter. Ihre Freund- lichkeit schlug in tiefen Respekt und größte Bereitwilligkeit um, als er sich als Polizeibeamter legitimierte. Leute

von der Sorte der Harpner haben immer tausend Gründe mit der Polizei gut zu stehen.

Der Franzose? Nein, er war nicht mehr hier. Schon um zehn Uhr nachts mit dem Schnellzug war er nach

Triest abgereist, wo er sich irgend wohin — wohin, habe er selbst noch nicht gewußt — einschiffen wollte.

„Ich dachte, er sei verhaftet und beläge so gut wie nichts?“ warf Weigner ein. „Woher nahm er denn das Reisegeld?“

„Du lieber Gott, das ist mir selbst ein Rätsel! Mir

er sich bei mir einmietete, besaß er ja wirklich keinen roten Heller. Sogar für die Wäscherin borgte er sich

Geld aus und ich hatte schon eine Heidenarzt, wie das zuletzt noch werden sollte. Denn ich bin doch eine arme Witwe, die nur vom Vermieten lebt, und mein Selbster

sagte immer —“

„Schon gut, Frau Harpner! Erzählen Sie lieber von Herrn Pitou weiter. Er kam also später doch noch zu Geld?“

„Ja. Aber erst am letzten Tage. Da ging er

morgens fort und kehrte erst abends heim. Und da brachte er eine Unmenge Geld mit. Ich sah, daß er seine alte

Brieftasche gefüllt voll mit Banknoten hatte. Es können gut und gerne vier- bis fünftausend Kronen gewesen sein.“

„Fests!“ rief ich, als er hierauszogen, um mich zu bescheiden. Sie haben doch nicht etwa einen Rausch- bezug?“

„Herr Pitou?“ Er lachte. „Nein, Frau Harpner! Alles ehrlich verdient!“

Dann zahlte er mich bei Heller und Pfennig aus, ging noch zu seinem früheren Dien- stboten, dem Baron Witten, wo noch ein Teil seiner

Gefallen war, und wie ich glaube, von dort direkt zum Bahnhof. Ich habe ihn wenigstens nicht wieder gesehen.“

„Woher er das Geld hatte, sagte er nicht?“

„Nein. Aber ich glaube, es wird wohl von dem Herrn gewesen sein, den er vor etwa anderthalb Jahren in Budapest kennenlernte.“

„Wer war dieser Herr?“

(Fortsetzung folgt.)

Der Ammerländer

(Herausgeber Nr. 5.)

erschint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Jede Jahr Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,22 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanfragen und Abonnements nehmen Expedition entgegen. Anzeigengebühren für die erste Zeile (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pf., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pf., Wochenwörter 1 Mk., die zweite und dritte Zeile 20 Pf., vierte 15 Pf., fünfte 10 Pf., sechste 5 Pf., ab der siebten Zeile 5 Pf. pro Zeile. Anzeigen werden am Tage vorher eingegeben. Die Rückgabe anvertrauter Geschäftsbriefe wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Recht auf Rückruf geht verloren, wenn Anzeigen-Geldbeträge durch gerichtliche Entscheidungen eingezogen werden müssen. — Verantwortlichkeit bei Falschheit der Inserate werden nach Maßgabe des Reichsrechts eine Strafe für den verurteilten Verfasser wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 130.

Westerfeide, Freitag den 6 Juni 1919

59. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die in Versailles überreichte deutsche Denkschrift über die Veranlassung des Krieges ist nicht fertig, das Auslands-Verständnis der Politik die Ursache des Krieges geworden.
- Nach Pariser Wettermeldungen soll die Antwort der Entente auf die deutschen Gegenentwürfe am Freitag mittag hierher eintreffen.
- In Mainz, Wiesbaden, Koblenz und anderen rheinischen Städten sind Proteststreiks gegen die Rheinrepublik erklärt worden.
- Wie verlautet, soll der frühere Staatssekretär Trimborn zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ernannt werden.
- Nach einer Erklärung des preussischen Finanzministeriums soll die vierjährige Steuerzahlung beibehalten werden.
- Am Grenzgebiet gegen die Provinz Westpreußen haben die Polen neuerdings umfangreiche Verhaftungen ausgenommen.
- Am Vorkriegsbesatz von Vile ist ein Streik ausgebrochen, an dem 5000 Arbeiter beteiligt sind.
- Der Streik in Frankreich gewinnt täglich an Ausdehnung.
- Am englischen Unterhaus soll demnächst eine neue 5-Milliarden-Anleihe eingebracht werden.
- Der Friedensvertrag mit Bulgarien sieht die Abtretung des gesamten Küstengebietes im Ägäischen Meer an Griechenland vor.
- Die mexikanische Umsturzbewegung macht weitere Fortschritte. Revolutionäre Generale haben alle Grenzstädte besetzt.
- Der Emir von Afghanistan hat bei der indischen Regierung um einen ehrenvollen Frieden nachgesucht.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

- Gesetzliche Maßnahmen gegen landwirtschaftliche Streiks.** An dem Entwurf der Landarbeitersordnung sind auch Bestimmungen über Arbeitskämpfe auf dem Lande vorgesehen. Nach diesen müssen gemeinsam verabredete Arbeitsniederlegungen oder Ausperrungen spätestens drei Tage vorher dem Landarbeits-Gericht zur Anhörung eines Ausgleichs mitgeteilt werden, widrigenfalls Ordnungsgeld oder Haft bis zu vier Wochen eintreten. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der sich dem Spruch des Gerichts zur vorläufigen Fortsetzung der Arbeit bis zur endgültigen Regelung der Streitigkeiten nicht fügen will. Bei Streitigkeiten das öffentliche Interesse an der Sicherstellung der notwendigen Lebensmittelerzeugung und an der Wartung des Viehs gefährdet wird, kann die Landeszentralbehörde nach Anhörung der Vertreter beider Parteien vorläufige Anordnungen über die Sicherung der notwendigen landwirtschaftlichen Arbeiten treffen. Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer entgegen den Anordnungen der Behörde die Erfüllung des Dienstvertrages verweigern, tritt Geldstrafe oder Gefängnis bis zu 2 Monaten ein.
- Polnische Geheimnisse im unbesetzten Gebiet.** Da die Polen noch nicht ganz sicher sind, ob ihnen auch die nicht „unzweifelhaft politischen Gebiete“ ausgeprochen werden, möchten sie am liebsten eine vollständige Lathase schaffen und verbreiten zu dem Zweck, um ein Eingreifen der Entente herbeizuführen, oder mit Erlaubnis der Entente angreifen zu dürfen. Schauerwörter von der Bedrückung der Polen. Demgegenüber wird ausdrücklich hingewiesen, daß die Polen dieselbe Behandlung wie andere Staatsbürger genießen. Es ist anzunehmen, daß die Entente die Mordanschläge der Polen durchschauen und nicht durch Bewilligung der politischen Wünsche das Friedenswerk erneut erschweren wird.
- Wismann-Kollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg.** Die lange schon angekündigte Rechtfertigungsschrift des früheren Reichsanzlers, werden in diesen Tagen im Buchhandel erscheinen. Das Buch umfaßt die Zeit von 1900 bis zu den ersten Kriegstagen. Es beginnt mit einer ausführlichen Darstellung der politischen Verhältnisse von vor zehn Jahren, als die vorkriegspolitische Edwards VII. ihre Früchte zu tragen begann. In besonderen Kapiteln werden dann die französischen Schwierigkeiten, die deutschen politischen Ausgleiche, die Tripolisaffäre und die Balkanfrage behandelt. Den Kriegsausbruch behandelt das letzte Kapitel: es beginnt mit der Mordtat von Sarajewo, erörtert das Märchen vom Potsdamer Kronrat, beschäftigt sich mit unseren Vermittlungsversuchen und schließt ab mit Unterhandlungen über die Bedeutung des Einmarsches in Belgien, den Zweifrontenkrieg und den deutschen Kriegszug, Belgien als Kriegsschauplatz, deutsche Neutralitätsanerbietungen, das Vichy-Verständnis usw.
- Tschechien.**
 - Innerpolitische Gegenätze.** Finanzminister Dr. Baum hielt in Weinberg bei Prag eine Rede, in der er u. a. sagte: „Wir haben die Herrschaft des überreichlichen Absolutismus zertrümmert und haben dafür den Terror einer Klasse eingetauscht. Dieser Klassenterror kennt weder Gerechtigkeit noch Recht. Wir wollen eine Klassenrepublik, wir wollen eine freie Republik. Jeder muß sich dagegen wehren, daß eine Klasse, wenn sie auch zahlenmäßig die stärkere ist, die schwächeren dergewaltig. Wir wollen Gerechtigkeit und Freiheit. Unsere Lage ist ernst. Unser Kampf befindet

sich in der Tschecho-Slowakei der größte Teil der Industrie der ehemaligen Monarchie, aber um sie beschäftigt zu können, brauchen wir vor allem Rohstoffe und Kredit.

Dolland.

Kammeranfrage wegen Oberleutnant Vogel. In der holländischen Kammer wurde an den Justizminister die Anfrage gerichtet, ob es bekannt sei, daß Oberleutnant Vogel von einem niederländischen diplomatischen oder konsularischen Vertreter das Visum für einen Pass erhielt, wenn ja, ob die Minister bereit seien, der Kammer mitzuteilen, welche Erwägungen hierzu Veranlassung gegeben haben. Ferner fragte ein Abgeordneter, ob Vogel sich im Gebäude der deutschen Gesandtschaft befand und wenn ja, welche Maßregeln die Regierung getroffen habe, um ihn zu verhaften.

Frankreich.

Annahme des Streiks. Nach einer Meldung des „Revue“ sind jetzt in Paris 350.000 Arbeiter ausständig, deren Zahl sich ständig vermehrt. Das Volk erklärt, der Augenblick sei ernst, da die Arbeiter sich gerechten Forderungen widersetzen und die Regierung fast täglich erneut das Volk vor den Kopf stoße. Neue erdrückende Steuern werden kommen, statt eines Gerechtigkeitsfriedens, der die Welt verführe, soll ein Gewaltfrieden diktiert werden, den eine verbrecherische auswärtige Politik erkauft. Auf diesem Wege werde das Proletariat nicht mitgehen.

Deutsche Kolonialpolitik.

Der Transport von Schiffsbesatzungen. Der abgelaufenen einer Anzahl Schiffsbesatzungen, vorwiegend aus Kamerun- und Ostafrika, befindet sich in Rotterdam. Der Transport wird sofort nach Befehl geleitet, wo die Besatzungen zu ihrer Entlassung, Aufnahme, Abfertigung und Auslösung bereits getroffen sind.

Regierungsmassnahmen gegen die Rheinbündler.

Verlin. Wie mitgeteilt wird, sind bereits energische Maßnahmen der Regierung zur Verrückung der rheinischen Sonderbestimmungen in Vorbereitung. Die Gefährdung ist mit den schärfsten Mitteln durchzuführen.

Wälsche Kundgebungen.

Mannheim. In allen größeren Städten der Pfalz fanden gestern große Kundgebungen statt. In den Demonstrationen, an denen sich Tausende von Personen, hauptsächlich Arbeiter, beteiligten, befanden die Teilnehmer in größter Ordnung. Die Kundgebungen waren in der Richtung einer vollständigen politischen Freiheit. Viele Reden waren gehalten, alles verlief in Ruhe und Ordnung.

Die deutsche Ostpolitik.

Breslau. Nach den neuesten Meldungen steht Hans Geiger, veranlaßt durch das Drängen der „evangelischen Arbeiter und Arbeiter und besonders seit der Sitzung des Reichstageskabinetts am Sonntag im Hotel Majestic auf dem Standpunkt, daß es eher notwendig sei, den Friedensvertrag durch Entgegenkommen auf die vorgelegte Vorlage zu ändern, als durch einseitige Zwangsmaßnahmen der Entente zu erzwingen, denn der Friedensvertrag, so wie er da wäre, würde bedeuten, daß die Alliierten zu ihrem Rechte kämen.

Verständigung der Entente-Antwort?

Basel. Nach Pariser Zeitungsmedungen dürfte die Erklärung der Verbündeten auf die deutschen Gegenentwürfe verfaßt werden, da in eine erneute eingehende Prüfung der deutschen Entwürfe ein, eintreten werden soll.

Verstärkte Partisanen.

Amsterdam. Holländische Zeitungen berichten, daß in Koblenz die Feste verheißt werden sollen, weil sie es am wenigsten hatten, „Deutschland, Deutschland über alles“ zu singen.

Keine mündlichen Verhandlungen mit Österreich.

St. Germain. Nach einer Sondermeldung teile ich der Überzeugung des Friedensvertrages an die österreichischen Delegierten mit, daß mündliche Verhandlungen nicht stattfinden würden. Einwände müßten innerhalb 14 Tagen eingebracht werden. Der Wiener Rat wird darauf schriftlich antworten und eine Frist bestimmen, in welcher die Österreicher endgültig zu antworten haben werden.

Die Wiener Bäche geschlossen.

Wien. Die heute bekannt gewordenen Friedensbedingungen für Deutsch-Österreich riefen einen derart niederschmetternden Eindruck hervor, daß die Bäderanstalten im Sinne aller Bädermitglieder verurteilt, die Bäder einseitig zwei Tage geschlossen zu halten.

Über eine Million Arbeitslose in England.

Amsterdam. Die letzten Witterung zufolge wurde im englischen Unterhaus mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeitslosen in England über eine Million beträgt. Die Zahl der arbeitslosen Kriegsteilnehmer beträgt 408.000.

Kanada unter Belagerungszustand.

Basel. Ein britisches Geschwader, bestehend aus einigen Kreuzern und Torpedobooten mit etwa 4000 Mann starker Besatzung ist nach der kanadischen Küste ausgefahren. Aber das kanadische Territorium wurde der Belagerungszustand verhängt. Die bei der britischen Regierung einlaufenden Nachrichten aus Kanada lauten ernst und lassen den Anschein einer Revolution mit bolschewistischem Charakter erkennen.

Kämpfe in der Dneprgabi.

Sankt. Reuter meldet am 6. Juni, daß zwischen der britischen und der bolschewistischen Flotte in der Dneprgabi ein heftiger Kampf entbrannt sei.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerfeide, den 5. Juni 1919.

—: Wetteraussichten für Freitag den 5. Juni: kühl, zeitweise aufklarend, noch Niederschläge.

Im hiesigen Krankenhaus wurden im Monat Mai 55 Kranke verpflegt: 17 Männer, 33 Frauen und 5 Kinder mit zusammen 724 Verpflegungstagen. Der Krankenwagen ist sechsmal in Anspruch genommen worden, je einmal nach Westerfeide, Guffede, Ocholt, Halstrup und zweimal in Westerfeide.

Bei der heute in den Geschäftsräumen der Oldenburgischen Landesbank in Oldenburg i. O. vorgenommenen Auslosung der 3/2% Westerfeider Gemeindenanleihe von 1905 wurden folgende Nummern gezogen: Nr. 3, 13, 18 a 500 Mk., rückzahlbar ab 1. Januar 1920 bei der genannten Bank. Rückstände: keine.

Die Taubstummen-Gottesdienste. Am 15. Juni ds. Js., nachmittags 3 Uhr, findet in der Lambertikirche in Oldenburg ein evangelischer Taubstummen-Gottesdienst statt. Ausweise zur Erlangung einer Jahrespremierermäßigung auf den oldenburgischen Eisenbahnen sind durch Herrn G. Oetken, Oldenburg, Junferfer 2, zu erhalten.

Ueber die Festnahme der beiden Pferdediebe aus Augustfehn schreibt das „Jeverliche Wochenblatt“ wie folgt: „Zwei junge Burshen im Alter von 20 bis 30 Jahren, angeblich aus Augustfehn, kamen am gestrigen Martittage mit zwei Pferden zum Markt, um sie zu verkaufen. Eines der Pferde wurde auch sehr bald an einem hiesigen Händler zu einem realen Preise abgelehrt. Beim Handel des zweiten Pferdes fiel einem Händler der niedrige Preis auf. Als man inzwischen die Polizei benachrichtigt hatte, mußten die Burshen Wind davon bekommen haben. Beide verschwanden und begaben sich in eiliger Flucht in die Richtung zum Grashauke. Hier wurden beide von dem Hausjungen Theodor Vothe gestellt, bevor einer noch erst ein tüftles Bad in einem Graben genommen hatte. Die Burshen sind dann der Polizei übergeben. Sie sind gefänglich, eins der Pferde in Westerfeide entwendet zu haben, während das andere ihr Eigentum sei.“

Aus der Arbeit des Oldenburgischen Landbundes. Nach längerem, sehr interessanten Vortrage von Herrn F. Weger-Oldenburg über die Weltlage und warum sich die landwirtschaftliche Bevölkerung zu einem Bunde zusammenzuschließen muß, wurde am Sonnabend, den 31. Mai, im „Grünen Jäger“ in Gversten ein Dorfbund gegründet, der sich dem Oldenburgischen Landbund angeschlossen hat. Zum 1. Vorsitzenden wurde Herr Reinier Joh. Oltmer, Vorsitzender des landwirtschaftlichen Vereins Gversten gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Landwirt G. Schmittler und zum Schriftf. und Kassier Herr Landwirt W. Labohm. Außerdem wurden aus der Versammlung heraus 8 Mitglieder gewählt. Ferner ist in Oldenburg am 29. Mai ein Gemeindebund gegründet, der sich ebenfalls dem Oldenburgischen Landbund angeschlossen hat. Vorsitzender ist Herr Landwirt Gerh. Haverkamp in Tweelbäde. Der Verband der Jüchter des veredelten Landfheines im Freistaat Oldenburg ist dem Oldenburgischen Landbund als korporatives Mitglied mit einem Jahresbeitrage von 50 Mark beigetreten.

—(s) Schutzimpfung gegen Rotlauf und Badfleinbakterien. Der große Mangel an Schweinen und der hohe Wert jedes einzelnen Tieres erfordert in diesem Jahre mehr denn je, daß dem Auftreten des Rotlaufs nach Möglichkeit vorgebeugt wird. Zu diesem Zwecke muß für eine naturgemäße und vor allen Dingen auch saubere und trockene Haltung der Schweine gesorgt, sowie von Zeit zu Zeit eine gründliche Reinigung und Desinfektion der Ställe vorgenommen werden. Daneben kann als bestes und sicherstes Vorbeugungsmittel nur die rechtzeitige Schutzimpfung empfohlen werden. Da die Seuche hauptsächlich während der wärmeren Jahreszeit auftritt und in den Sommermonaten die meisten Opfer fordert, so muß geraten werden, die Impfung recht bald auszuführen zu lassen, bevor noch die Krankheit eine weitere Verbreitung angenommen hat. Der vielfach geübte Brauch, den Tierarzt erst dann zur Impfung zu bestellen, wenn die Seuche bereits auf mehreren Gehöften im Orte herrscht, führt sehr oft zu Verzögerungen und zu Mißerfolgen wegen der zu spät ausgeführten Impfung. In den häufig von Rotlauf betroffenen Ortschaften empfiehlt es sich, regelmäßig alle Schweine der Schutz-